

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersparkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreigespaltene Zeitspalte oder deren Raum 80 &
für Versammlungsanzeigen 10 & pro Zeile.

Sind die Löhne jetzt hoch? ¹

Die Löhne sind jetzt bei uns hoch im Vergleich mit der Vorkriegszeit, aber sie sind niedrig gemessen an dem Preis und im Vergleich mit dem Ausland. In Nordeuropa, in England, in den Vereinigten Staaten sind die Löhne entsprechend der Verteuerung der Lebenshaltung durchschnittlich auf etwa das Doppelte gestiegen. Da unser Papiergeld nur zwei Siebentel soviel wert ist wie das fremde Geld, hätte der Lohn bei uns auf das Siebenfache steigen müssen, um — an der fremden Währung gemessen — mit der Entwicklung des fremden Lohnes Schritt zu halten. Tatsächlich ist aber der Stundenlohn nur etwa auf das Dreifache, der Wochenlohn nur etwa auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Vor fünf Jahren war der Stundenlohn der Maurer in den englischen Großstädten etwa ebenso hoch wie bei uns, seit Februar/März 1919 beträgt er in London 1 sh 9 d, in Birmingham und in Manchester 1 sh 8 d, d. h. rund M. 6 oder doppelt soviel wie in Berlin. In Schweden stieg der Wochenlohn von 1914 bis 1918 für die Maurer von Kr. 32 auf 64, für die Maler von Kr. 30 auf 60. Er beträgt dort also für diese Bauhandwerker rund M. 250 gegenüber M. 100 im Durchschnitt des Deutschen Reichs.

Vielsach sind die Löhne bei uns jetzt (in Papier) noch nicht einmal so hoch wie in den Vereinigten Staaten vor dem Kriege. Im Mai 1913 betrug der übliche Wochenlohn der großstädtischen Maurer Dollar 23,85 bis 38,50, d. h. M. 100 bis 162. Heute dürfte dort ein Wochenverdienst von M. 1000 (Doll. 60) für einen gelernten Arbeiter nichts Seltenes sein. Ein deutscher Millionär, der auf den Gedanken käme, seine Rente drüben zu verzehren, müßte sich also zunächst wohl etwa mit der Lebenshaltung eines gelernten Arbeiters begnügen, was gegenüber jetzt zwar eine Verbesserung in seiner Ernährung, in den meisten andern Beziehungen aber eine erhebliche Einschränkung bedeuten würde.

Nimmt man den heutigen Arbeitslohn an der Vorkriegsvaluta (was wenig Sinn hat), so erscheint er bei uns höher als in Nord- und Westeuropa, aber nur etwa halb so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Nimmt man den heutigen Arbeitslohn an der heutigen Valuta, das heißt vergleicht man die tatsächlichen Nominallöhne, so erscheint er bei uns noch nicht halb so hoch wie in Nordeuropa und in England und vielleicht nur ein Siebtel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Nimmt man den heutigen Arbeitslohn an den Kosten der Lebenshaltung, das heißt vergleicht man die Reallohn, so erscheint er bei uns vielleicht um zwei Fünftel geringer als in Nordeuropa und in England ⁴

¹ Dieser Aufsatz von Dr. R. Kuczynski, Direktor des statistischen Amtes der Stadt Schöneberg, erscheint demnächst in der Zeitschrift: „Unsere Finanzen“, Verlag: Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstr. 9. Von diesem Verlage ist uns der Aufsatz zum Abdruck zur Verfügung gestellt.

² Ich schätze, daß in den Städten der Stundenlohn durchschnittlich von rund 50 & auf rund M. 1,50, der Wochenlohn von annähernd M. 30 auf reichlich M. 70 gestiegen ist. In den Großstädten war die Steigerung wohl im allgemeinen stärker. In Groß-Berlin dürfte der Stundenlohn von etwa 65 & auf etwa M. 2,25, der Wochenlohn von rund M. 35 auf rund M. 100 gestiegen sein.

³ Auch in Schweden war die Lohnsteigerung in den Großstädten besonders stark: in Stockholm stieg der Wochenlohn für die Maurer von Kr. 38 auf 82, für die Maler von Kr. 40 auf 87.

⁴ Nehmen wir der Einfachheit halber an, ein Tagelohn von 5 sh sei in England vor dem Kriege nur ein ebenso hoher Reallohn gewesen wie ein Tagelohn von M. 5 in Deutschland. Nehmen wir weiter an, der Tagelohn sei in England auf 10 sh, in Deutschland auf M. 13 gestiegen, und die Lebenshaltung sei heute in England zweimal, in Deutschland viereinhalbmal so teuer wie vor dem Kriege, so würden sich die Reallohn in England und Deutschland jetzt wie

10 13
5 4,5, das heißt wie 1 : 0,58 verhalten.

und vielleicht ein Viertel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. Nimmt man endlich den heutigen Arbeitslohn an der Arbeitsleistung, das heißt vergleicht man, was ein Arbeiter für M. 1, 25 Dere, 3/4 d, 6 Cents leistet, so erscheint er bei uns wesentlich niedriger als in Nordeuropa und in England ¹ und wohl sogar nur ein Drittel so hoch wie in den Vereinigten Staaten. ²

Die Vorteile, die den deutschen Unternehmen daraus erwachsen, daß ihnen jetzt relativ billige Arbeitskräfte in beliebiger Menge zur Verfügung stehen, und daß ihnen im Wettbewerb mit dem Ausland noch ein weiterer Spielraum für Lohnerhöhungen verbleibt, werden aber dadurch aufgewogen, daß sie infolge der geringen Leistung des einzelnen Arbeiters ihre Werkstätten, ihre Maschinen usw. nicht voll ausnutzen können. Ihre Lage wäre erst dann wirklich günstig, wenn sie die heutigen Löhne verdoppeln und die Arbeiter gleichzeitig ihre Leistungen verdoppeln würden. Wenn jetzt so viele Unternehmer wie gebannt auf die hohen Geldlöhne blicken und nicht begreifen, daß der Arbeiter, dessen Reallohn nur etwa halb so hoch ist wie vor dem Kriege, viel weniger leistet als früher, so liegt das vor allem daran, daß sie stets in dem Nominallohn einen starren Faktor gesehen haben, der nur zu ihren Ungunsten erhöht werden könnte. Sie wußten es nicht oder wollten es nicht wahr haben, daß man in den Vereinigten Staaten nicht teurer baute als bei uns, auch wenn der Lohn für das Legen von 1000 Ziegeln das Doppelte betrug. Und nie war es ihnen eingegangen, daß eine Voraussetzung für den Aufschwung der amerikanischen Industrie eben die hohen Löhne waren, die zu den gewaltigen Fortschritten in Technik und Organisation zwangen.

Wären die Reallohn bei uns so niedrig wie sie sind, dann werden uns die andern Länder auch auf technischem Gebiet den Rang ablaufen. Was wir brauchen, und was wir nicht haben, sind anständige Reallohn und anständige Arbeitsleistungen. Die wichtigste, nicht die einzige Vorbedingung dafür ist eine auskömmliche Versorgung mit Nahrungsmitteln.

¹ Wie hilflos selbst hervorragende Praktiker bei uns sind, wenn sie solche weltwirtschaftlichen Zusammenhänge untersuchen, dafür nur ein Beispiel. In seinem in der „Deutschen Gesellschaft 1914“ gehaltenen, in der „Demokratie“ vom 26. Juni 1919 veröffentlichten Vortrag „Die Zukunft der deutschen Finanzen“ sagte der Direktor der Deutschen Bank, Wassermann: „Vor dem Kriege wurden in Oberschlesien den Bergarbeitern für die Schicht im Durchschnitt M. 4,50 Lohn bezahlt. Der Arbeiter förderte dabei durchschnittlich eine Tonne pro Schicht. Heute beträgt der Schichtlohn durchschnittlich M. 18,50, also das Dreifache, und da unsere Valuta auch im Ausland nur ein Drittel wert ist, so wären wir jetzt nicht weniger, aber auch nicht mehr konkurrenzfähig als vor dem Kriege — wenn der Arbeiter auch jetzt noch eine Tonne pro Schicht fördern würde. Das tut er aber nicht; er fördert nur 1/3 Tonnen.“ Wassermann weiß nicht oder vergißt, daß in England die Löhne auf das Doppelte gestiegen sind, so daß wir bei unveränderter Leistung nicht ebenso, sondern doppelt so „konkurrenzfähig“ wären wie vor dem Kriege. Nehmen wir an, die Leistung sei bei uns um 1/3, in England um 1/2 gesunken, so wäre unsere „Konkurrenzfähigkeit“ gegenüber England im Verhältnis von 10 : 7 zu unsern Gunsten verschoben. (Selbstverständlich sind die Fälle viel zahlreicher, in denen die Lohnverhältnisse absichtlich falsch dargestellt werden, wie zum Beispiel in folgender in den amtlichen „Nachrichten für Handel, Industrie und Landwirtschaft“ vom 31. Juli dieses Jahres veröffentlichten Mitteilung aus Nürnberg über die Textilindustrie: „Die Löhne haben eine Höhe erreicht, die jeden Wettbewerb mit dem Ausland unmöglich machen und die deutsche Industrie, wenn nicht ganz andere Verhältnisse eintreten, wohl von jeder Ausfuhr ausschließen werden.“)

² Nimmt man an, der deutsche Arbeiter habe vor dem Kriege für einen Tagelohn von M. 5 (Doll. 1,19) 100 Einheiten hergestellt, der amerikanische Arbeiter für einen Tagelohn von M. 15 (Doll. 3,57) 150 Einheiten, und nimmt man weiter an, der deutsche Arbeiter stelle heute für einen Tagelohn von M. 18 nur 50 Einheiten her, der amerikanische Arbeiter für einen Tagelohn von M. 115 (Doll. 7) wieder 150 Einheiten, so wäre die Leistung des Deutschen, am Dollar gemessen, vor dem Kriege doppelt und heute dreimal so groß wie die des Amerikaners.

Zur Sozialisierungsfrage.

II.

Ob wir sozialisieren können, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Wir müssen heraus sein aus dem Gange und Wange zwischen Krieg und Frieden... Die zweite Voraussetzung ist die Wiederherstellung unseres Wirtschaftslebens. Auf einem Trümmerhaufen von Scherben kann man kein kunstvolles Gebilde errichten. Der Produktionsapparat muß erst wieder in vollem Maße leistungsfähig sein. Aber nicht allein auf die toten Produktionsinstrumente kommt es an, sondern in erster Linie auf die lebenden Arbeitskräfte. Sie müssen die schweren Folgen dieses Krieges so bald als möglich überwinden und zur vollen Friedensarbeit zurückkehren. Das gilt für alle Wirtschaftsbeteiligten ohne Ausnahme, für Arbeiter und Angestellte wie für die Betriebsleiter. Es kann keiner beim Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft entbehrt werden, insbesondere können wir nicht verzichten auf die Mitwirkung des Unternehmertums. Die Arbeitsgemeinschaft der industriellen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände ist eine notwendige und erfreuliche Errungenschaft für unser Wirtschaftsleben. Sie hätte durch Gesetz für die Übergangswirtschaft angeordnet werden müssen, wenn sie nicht durch die Einsicht der Beteiligten von selbst gekommen wäre. Sie darf auch nicht durch rückständige Arbeiterauffassungen auseinander gesprengt werden, denn dies würde die Gesundung der Wirtschaftsverhältnisse verzögern oder gänzlich verhindern. Ohne Zusammenwirken der Organisationen aller Wirtschaftsfaktoren kann es keine wirtschaftliche Wiederbelebung und folgerichtig auch keinen Sozialismus geben. Als drittes bedürfen wir der vollen Demokratie in Reich, Staat und Gemeinde und nicht zuletzt in den Betrieben. Der Sozialismus kann nur durch die Demokratie verwirklicht werden, durch geschickten Akt der berufenen Volksvertretung, nicht durch die sogenannte Diktatur des Proletariats, nicht durch Räte mit Handgranaten und Maschinengewehren, am wenigsten durch politische oder pseudowirtschaftliche Massentreife, die die Produktion nur desorganisieren können. Die Diktatur kann nur bewirken, die politische Macht der Bourgeoisie zu entreißen und der Arbeiterklasse in die Hände zu geben. Die Arbeiterklasse muß diese Macht zur Einführung der wirklichen Demokratie benutzen. Der wissenschaftliche Sozialismus erstrebt nicht, die Arbeiter zu Signern der Betriebe und zu Nutznießern ihres Ertrages zu machen; er will in Weiterentwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Zentralisation die Produktionsmittel der Gesellschaft selbst zuführen durch Eroberung der politischen Macht und durch die demokratische Umgestaltung des Staates. Sozialismus ist eine Sache der Volksgemeinschaft, sie bedarf der Mitwirkung des ganzen Volkes, und dieses Mitbestimmungsrecht kann nur durch demokratische Vertretungen ausgeübt werden. Gesetzgeberische Aufgaben müssen zentral geregelt werden; dazu bedarf es der Nationalversammlung und der Landesversammlungen. Verwaltungsaufgaben bedürfen der Dezentralisation und der Beteiligung der Produzenten und Konsumenten. Das geschieht in den Gemeinden und in den gewerblichen Selbstverwaltungskörperschaften, in denen Betriebsleiter, Angestellte und Arbeiter, Sachverständige und Verbaucher vertreten sein müssen. Nur durch ein solches geordnetes Zusammenwirken ist ein Sozialismus möglich, der imstande ist, die privatkapitalistisch organisierte Volkswirtschaft an Ertrag zu überbieten und für alle Zeit abzulösen. Ohne Demokratie ist kein Sozialismus möglich! Wenn ich mich nunmehr der praktischen

Durchführung des Sozialismus in Industrie und Gewerbe zuwenden, so will ich vorausschicken, daß nach unserer Ansicht eine Zentralisation der Gütererzeugung und -verteilung durch die Volksgemeinschaft, den demokratischen Staat, keineswegs gewisse Formen der Sozialisierung in engerem Rahmen ausschließt, die zu dem gleichen Ziele führen, wie die Kommunalisierung durch Gemeinde oder Gemeindeverband, das Genossenschaftswesen, wie auch Syndikate unter staatlicher Kontrolle und Ertragsbeteiligung und schließlich die Reichs- und Staatsbetriebe. Es gibt Wirtschaftszweige von vorwiegend lokaler Begrenzung, besonders auch hinsichtlich der Bedarfsbefriedigung, die durch eine staatliche Zentralisation kaum besser als durch Kommunalisierung geregelt werden können. Das gilt für die Lebensmittelverteilung, die Wohnungsfürsorge, das örtliche Verkehrswesen, Beschäftigungswesen, für die Wasser-, Licht- und Kraftversorgung, für das Anschlagwesen und für die Apotheken. Wir verwerfen auch nicht den Staats- und Reichsbetrieb, der an sich noch kein Sozialismus zu sein braucht, sondern wie im Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telefonbetrieb ganz nach kapitalistischen Grundfäden betrieben wurde, sofern er als Übergang zum Sozialismus in Frage kommt. Auch das Genossenschaftswesen, das sich in den äußeren Formen den Privatunternehmungen fast nähert, stellt sich in seinem Wesen als eine Ueber-

gangsform zum Sozialismus dar. Das gilt freilich nur für die Verbraucherorganisationen, einschließlich der von ihnen getragenen Eigenproduktion, nicht aber für die reinen Produktivgenossenschaften, die nur der Form nach genossenschaftlich, ihrem innersten Wesen nach aber syndikalistisch sind. Als Uebergangsform zum Sozialismus sind ferner Stiftungsbetriebe nach Art der Zeilwerke in Jena anzusprechen, deren Erträge neben der Besserstellung der Arbeiter und Angestellten gemeinnützigen Zwecken zufließen. Nicht sozialistisch sind aber Privatbetriebe, bei denen die Arbeiter in irgendeiner Form am Geschäftsgewinn beteiligt sind; denn das Wesentliche ist nicht die Stellung des Unternehmens zu seinen Arbeitern, sondern zur Allgemeinheit. Es sind deshalb private oder kartellierte Unternehmungen, die das Reich, den Staat oder die Gemeinde am Ertrag beteiligen, also genossenschaftliche Unternehmungen oder Syndikate, eher als ein Uebergang zum Sozialismus zu erachten. Das Wesensmerkmal des Sozialismus ist aber auch nicht nur die Verwendung des Ertrages, sondern der Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln, weshalb die Arbeiterschaft das größte Gewicht auf die Enteignung der Privatkapitalisten legt.

Die von der Regierung der Volksbeauftragten eingesetzte Sozialisierungskommission.

Die den Auftrag hatte, als freie wissenschaftliche Kommission die Frage der Sozialisierung vorzubereiten und auf Grund genauer Prüfung der einschlägigen Verhältnisse der Reichsregierung Gutachten und Vorschläge zu unterbreiten, in welchem Umfang und in welcher Form eine Sozialisierung der einzelnen Wirtschaftszweige durchführbar und erforderlich erscheine, erklärte in ihrer programmatischen Kundgebung vom 14. Dezember 1918, daß es von der Natur der Wirtschaftszweige abhängt, welche Maßnahmen für die Sozialisierung am geeignetsten erscheinen: ob die Verfügung des Reichs, den Kommunen oder anderen Selbstverwaltungskörpern zuziehen solle oder ob für einzelne Produktionszweige die Ausdehnung der Eigenproduktion der Genossenschaften das geeignete Mittel zur Ausschaltung des kapitalistischen Profits darstelle. In gleicher Weise würden auch die Mittel der Sozialisierung je nach der Natur der Wirtschaftszweige sich verschieden gestalten müssen.

Die Frage: Was soll sozialisiert werden? wird gewöhnlich dahin beantwortet, daß mit den reifen Wirtschaftszweigen der Anfang gemacht werden müsse. Es gibt aber keinen unbestimmteren und irreführenderen Begriff als den der wirtschaftlichen „Reife“. Als reif bezeichnet man gewöhnlich Industrien, die sich durch starke Betriebskonzentration, Kapitalanhäufung und Syndizierung, durch einen gewissen Höhepunkt der Technik, Mechanisierung des Arbeitsprozesses und ähnliche wirtschaftliche Fortschritte auszeichnen. Diese Merkmale würden zweifellos für die Schwerindustrie, die chemische Industrie, die Textilindustrie, die Elektroindustrie in weit höherem Maße zutreffen als auf die Nahrungsmittelindustrie und das Baugewerbe. Und dennoch werden wahrscheinlich die letzteren Gewerbezweige sehr viel früher von der Sozialisierung erfaßt werden können als die ersteren, weil sie überwiegend für den heimischen Bedarf, vielfach sogar für einen lokal begrenzten Bedarf arbeiten, der sich leicht regeln läßt. Dagegen ist es sehr schwierig, Exportindustrien aus ihren Weltmarktzusammenhängen herauszulösen, ohne die deutsche Wirtschaftskraft zu schädigen, und noch schwieriger ist es, sozialisierte Industrien auf dem Weltmarkt mit der Privatwirtschaft fremder Länder in Wettbewerb treten zu lassen. Die Sozialisierungskommission war daher der Ansicht, daß für den auswärtigen Handel und die Exportindustrien die bisherige Organisation gegenwärtig noch beibehalten werden müsse. Das besagt freilich nicht, daß das Reich auf eine Regelung des Exports und auf jede Beteiligung am Ertrag dieser Wirtschaftszweige verzichten müßte. Im Gegenteil ist dieser Export für die Durchführung des Friedensvertrages von solch großer Bedeutung, daß das Reich alle Ursache hat, sich darauf den erforderlichen Einfluß zu sichern, um so mehr, wenn die Gefahr besteht, daß diese Industriezweige leicht unter die Jurisdiktion des Auslandes geraten könnten. Will man also von sozialisierten Industrien reden, so kommen zunächst die Wirtschaftszweige in Betracht, die ganz oder überwiegend für den Bedarf von Reich, Staat und Gemeinde arbeiten, also Betriebe für Heeresausrüstung, soweit man uns solche noch gestattet, für Eisenbahn- und Straßenbahnmateriale, Post-, Telegraphen- und Telephonbedarf, Schiffsbau, für Ausstattung von Verwaltungen, Schulen, Krankenhäusern und Pflegeanstalten, für Erzeugung von Beamten-, Heeres- und Militärsbekleidung und -wäsche und

das Bauwesen.

Neben diesem Eigenbedarf von Reich, Staat und Gemeinde würde derjenige Privatbedarf an die Reihe kommen, den Reich, Staat und Gemeinde leicht zusammenfassen und erzeugen lassen können, wie die Herstellung von Wohnräumen, besonders im Kleinwohnungsbau, von Möbeln für Haushaltsanfänger, von Kleidung und Schuhwerk und von Lebensmitteln. Diese Bedarfszeugung eignet sich besonders für die Kommunalisierung und für die genossenschaftliche Eigenproduktion. Was diese Uebernahme auf die Gemeinwirtschaft erleichtert, das ist der Umstand, daß es sich hierbei um die Deckung eines gegebenen festen Bedarfs handelt, weshalb man von einer Bedarfsdeckungs-wirtschaft reden kann. Schwieriger ist die Produktion für einen Bedarf, der erst im Inland aufgesucht und erweitert werden muß, am schwierigsten eine solche für einen unbekanntem Bedarf auf dem Weltmarkt. Dabei ist zu unterscheiden zwischen dem Bedarf an Produktionsmitteln und denjenigen an Verbrauchsartikeln. Der erstere ist auf einen schwer erfahrbaren Abnehmerkreis angewiesen, eignet sich also im allgemeinen weniger für Sozialisierung, als die Erzeugung desjenigen Bedarfs, der unmittelbar in den Verbrauch der Bevölkerung eingeht. Aber auch dabei sind Unterschiede zu machen. Bei dem Bedarf an Produktionsmitteln spielen die Rohstoffe eine ganz hervorragende Rolle. Sie stehen teils der Urproduktion nahe, und gehören zu den Erbschätzen oder Bodenerzeugnissen, teils erfolgt ihre Aufarbeitung in größtem Maßstabe. Auf sie treffen viele von den Voraussetzungen zu, die man gemeinhin für sozialistisch reife Industrien anwendet. In

den Rohstoffindustrien ist auch die Kartellierung am weitesten vorgeschritten; die gesellschaftliche Organisation hat hier den höchsten Grad erreicht. Für die Sozialisierung ist die Vergeßlichkeit der Rohstoffindustrien von der allergrößten Bedeutung. Sie ist gleichsam der wirtschaftliche Schlüsselpunkt, von dem die gesamte Volkswirtschaft reguliert und beherrscht werden kann. Wer Kohle und Eisen sowie die sonstigen Metalle, dazu Steine und Erden, Holz und Textilstoffe sowie Leder in Händen hat, beherrscht die gesamte Industrie und kann sie seinen Interessen und Gesetzen dienstbar machen. Die Sozialisierung ist dann nur noch eine Frage der Entwicklung der Organisation. Es wird daher unser Bestreben sein müssen, die Rohstoff-erzeugung und Rohstoffzufuhr sobald als möglich in die Hände der Gesamtheit zu überführen. Für die Kohlen-gewinnung hat die Sozialisierungskommission bereits entsprechende Vorschläge gemacht. Für die Hoheisenherzeugung war ein ausführliches Gutachten vorbereitet worden; diese Arbeit ist leider infolge des Rücktritts der Kommission nicht zur Ausführung gelangt. Ebenso waren Untersuchungen über die Zementindustrie, die Lederindustrie und die Erzeugung von Kraft in Vorbereitung. Doch hat die Nationalversammlung bereits ein Sozialisierungsgesetz angenommen, das die Ueberführung wirtschaftlicher Unternehmungen, insbesondere der Bodenschätze und Naturkräfte, in die Gemeinwirtschaft erstrebt, und auch ein Kohlenbewirtschaftungsgesetz ist bereits in der Durchführung begriffen, das allerdings die Sozialisierung durch eine Zwangssyndizierung mit staatlich geregelter Verwaltung ersetzt. Auch ein Energiegesetz ist in Vorbereitung begriffen. Das Reich hat also die eminente Bedeutung der Beherrschung der Rohstoffherzeugung erkannt und die ersten Schritte getan, um sich den notwendigen Einfluß darauf zu sichern. Es wäre dringend zu wünschen, daß diese Schritte etwas herzhafter ausfallen und daß man nicht vor Eingriffen in das Eigentumsrecht zurückschreckt, sowie ferner, daß es nicht bei diesen wenigen Schritten bleibt. Neben Kohle und Wasserkraften müssen Roheisen und Stahl, Zink, Blei und andere Erze und Rohmetalle, alle Salze und Söhlen, die Stein-, Ton- und Kaolingewinnung sowie die Kalk- und Zementfabrikation möglichst bald in die Gemeinwirtschaft übergeführt werden und an diese muß sich fortschreitend die Sozialisierung der übrigen wichtigsten Rohstoffindustrien anschließen. . . .

Verbandsnachrichten.

Schaunmachungen des Zentralvorstandes.

Arbeitslosenunterstützung.

Es muß erneut darauf hingewiesen werden, daß bis Schluß dieses Jahres für die Unterstützung der Arbeitslosen noch die Bestimmungen des alten Statuts gelten mit der Maßgabe, daß die Gesamtunterstützung im Zeitraum von 66 Wochen 48 Tage betragen darf.

Für die Höhe der Unterstützung gelten noch die nachstehenden alten Bestimmungen:

1. Die Höhe der täglichen Unterstützung richtet sich nach der in ununterbrochener Mitgliedschaft geleisteten Gesamtzahl und der Höhe der in den letzten 42 Wochen vor dem Bezuge geleisteten Beiträge.

2. Die Mitglieder, die in den letzten 42 Wochen vor dem Bezuge ihre Beiträge in der 1., 2., 3 oder 4. Beitragsklasse zahlten, erhalten die Arbeitslosenunterstützung in der ersten Unterstütlungsklasse, und zwar nach Leistung von:

60 Wochenbeiträgen	pro Tag	50 ¢
102 "	"	75 "
144 "	"	100 "
186 "	"	125 "
228 "	"	150 "

3. Die Mitglieder, die in den letzten 42 Wochen vor dem Bezuge ihre Beiträge in der 5., 6. oder 7. Beitragsklasse zahlten, erhalten die Arbeitslosenunterstützung in der 2. Unterstütlungsklasse, und zwar nach Leistung von

60 Wochenbeiträgen	pro Tag	75 ¢
102 "	"	100 "
144 "	"	125 "
186 "	"	150 "
228 "	"	175 "

4. Die Mitglieder, die in den letzten 42 Wochen vor dem Bezuge ihre Beiträge in der 8., 9., 10., 11. oder 12. Beitragsklasse zahlten, erhalten die Arbeitslosenunterstützung in der 3. Unterstütlungsklasse, und zwar nach Leistung von

60 Wochenbeiträgen	pro Tag	100 ¢
102 "	"	125 "
144 "	"	150 "
186 "	"	175 "
228 "	"	200 "

5. Die Mitglieder, die in den letzten 42 Wochen vor dem Bezuge ihre Beiträge in mehreren Beitragsklassen zahlten, die zu verschiedenen Unterstütlungsklassen gehören, erhalten die Arbeitslosenunterstützung in der Unterstütlungsklasse, in der sie mindestens die Hälfte der letzten 42 Beiträge zahlten. Der Berechnung sind die zuletzt bezahlten alten Beiträge zugrunde zu legen.

Die Unterstützung darf nur bezahlt werden an Mitglieder, die wegen Mangel an Arbeit oder ungünstiger Witterung arbeitslos wurden.

An kranke Mitglieder darf noch keine Unterstützung bezahlt werden.

Erst vom 1. Januar 1920 ab gelten die neuen Bestimmungen über die Erwerbslosenunterstützung, wonach dann auch kranken Mitgliedern Unterstützung bezahlt wird und im übrigen andere Unterstützungssätze eintreten.

Wir bitten die Kassierer und Auszahler der Arbeitslosenunterstützung dringend, dies zu beachten.

Gleichzeitig sei darauf hingewiesen, daß auch die Sterbeunterstützung erst vom 1. Januar 1920 an bezahlt wird.

Das Material für die statistischen Feststellungen in den Monaten Oktober, November und Dezember ist am Dienstag, 14. Oktober, zur Post gegeben worden. Bis Ende dieser Woche dürfte es allen Zahlstellen ausgeliefert sein. Der nächste Feststellungstermin ist Sonnabend, 25. Oktober. Für rechtzeitiges Einsenden der Karten ist Sorge zu tragen; desgleichen für richtiges Freimachen. Fernpostkarten kosten 15 ¢ Porto.

Schriftenversand.

Dieser „Zimmerer“-Sendung liegt für jede Verbandszahlstelle ein Exemplar der vom Verlag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegebenen Schrift „Zur Sozialisierungsfrage“, 4 Referate, die von den Genossen Paul Umbreit, Dr. Rudolf Hilferding, Georg Schmidt und Adolf Cohen auf dem 10. Deutschen Gewerkschaftskongress in Nürnberg erstattet wurden, bei. Diese Schrift gibt den Verbandsmitgliedern Einsicht in die Möglichkeit der wirtschaftlichen Sozialisierung im Deutschen Reich. Sie ist daher für ein gründliches Studium der für diese Frage Interessierten sehr zu empfehlen. Die Schrift ist Eigentum der Zahlstellen und den Zahlstellenbibliotheken einzuverleiben.

Beitragsleistung.

Die Woche vom 5. Oktbr. bis 11. Oktbr. ist die 33. Beitragswoche

"	"	12.	"	18.	"	34.
"	"	19.	"	25.	"	35.
"	"	26.	"	1. Novbr.	"	36.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Streikt wird in Arnswalde, Verfa, Brinkum, Fiehe, Guhrau, Kahla, Kexin, Königslutter, Neustettin, Neuwegerleben, Reutlingen, Sömmerda, Trebbin und Wittingen.

Streik in Tondern. Gelegentlich der Lohnregelung im August dieses Jahres wurde eine paritätische Lebensmittelkommission eingesetzt zu dem Zweck, die Preise zu notieren. Sollte eine weitere Preissteigerung festgestellt werden, dann würden die Unternehmer auch die Teuerungszulage entsprechend erhöhen. Nun ist durch die Kommission erwiesen, daß die Preise inzwischen um 25 bis 30 pZt. gestiegen sind. Auf Grund dieser Tatsache wurden die Unternehmer zu Verhandlungen eingeladen; sie erschienen auch, aber ohne jede Vollmacht. Die Ausführungen einzelner ihrer Vertreter ließen auch nur wenig Hoffnung auf ein genügendes Entgegenkommen. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 6. Oktober wurde daher einstimmig beschlossen, in den Streik zu treten. Der Lohn war bisher M. 2,50 pro Stunde. Die Forderung lautet auf M. 3,10. Die Preise für den Lebensunterhalt sind deshalb so stark gestiegen, weil in Tondern und Umgegend die Lebensmittelrationierung aufgehört hat und ein vollkommen wilder Handel herrscht. Sofort nach Ausbruch des Streiks haben neue Verhandlungen stattgefunden. Die Unternehmer haben die Forderung auch bereits anerkannt, eine Differenz besteht nur noch darüber, wann ab der neue Lohn gezahlt werden soll. Es ist indes wahrscheinlich, daß auch hierüber inzwischen eine Verständigung erfolgt ist und der Streik bereits sein Ende gefunden hat.

Streik in Verfa (Zahlstelle Weimar). Unsere Kameraden in Verfa fordern Erhöhung des Stundenlohnes von M. 1,35 auf M. 1,60. 2 Unternehmer bewilligten die Forderung, 2 lehnten sie ab. Bei diesen Unternehmern wurde die Arbeit am 7. Oktober eingestellt. Die Arbeitslosigkeit ist günstig. 40 Mann stehen im Streik.

Streik in Neuwegerleben. Unsere Kameraden in Neuwegerleben stehen seit dem 8. Oktober im Streik. Ihre Forderung auf eine Lohnzulage ist mehrfach Gegenstand von Verhandlungen gewesen, doch konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Der Zugang ist fernzuhalten von den Gewerkschaften Wilhelmshall und Hedwigsburg sowie von sämtlichen Zimmerplätzen.

Streik in Fiehe. Zur Durchführung einer Teuerungszulage sind unsere Kameraden in Fiehe in den Streik getreten. Sie begründen ihre Forderung in erster Linie mit den durchweg höheren Löhnen im Nachbargebiet.

Streik in Burg b. Magdeburg. In einer Versammlung am 4. Oktober haben unsere Kameraden beschlossen, in den Streik zu treten. Der Beschluß wurde ausgeführt.

Streik in Arnswalde. Das ablehnende Verhalten der Unternehmer gegenüber den Forderungen unserer Kameraden auf eine Teuerungszulage hat den Streik zur Folge gehabt. Er wurde am 3. Oktober erklärt. Die Teuerung wurde von den Unternehmern zugegeben, eine Lohnzulage sei jedoch nicht möglich, weil sie ihre Arbeiten so billig angenommen haben. Die Erbitterung gegen die Unternehmer ist besonders deshalb groß, weil sie während der ganzen Kriegsdauer nie die richtige Teuerungszulage bezahlt haben.

Vereinbarungen in Bernburg. Auf Grund von Verhandlungen ist eine Teuerungszulage von 30 ¢ pro Stunde erzielt worden. Der Lohn beträgt jetzt M. 2,10 pro Stunde.

Verhandlungen in Schleiz, die am 5. Oktober stattfanden, hatten folgendes Resultat: Der Lohn wird sofort um 25 ¢ und ab 29. November um weitere 15 ¢, insgesamt somit um 40 ¢ erhöht. Ob unsere Kameraden diesem Ergebnis zugestimmt haben, ist bisher nicht mitgeteilt. Mit der eventuellen Zustimmung wäre zugleich der Streik in Schleiz erledigt.

Der Streik in Behndorf ist beendet. Ueber seinen Verlauf geht uns folgender Bericht zu. Bei Ablauf des Tarifs am 31. März dieses Jahres stand unser Stundenlohn auf M. 1,82. Anfangs April wurden in einer gemeinschaftlichen Versammlung von Zimmerern und Bauarbeitern

Forderungen gestellt. Damals zeigten die Unternehmer wenigstens den guten Willen. Es kam zu Verhandlungen und zur Verständigung. Der Stundenlohn stieg ab 1. April auf M. 1,60 und am 2. Juni auf M. 1,70. Allgemein bestand die Hoffnung, daß die Preise für Lebensunterhalt in nächster Zeit sinken würden. In dieser Hinsicht sind wir jedoch stark getäuscht worden, das Gegenteil ist eingetreten. Nach Statistiken der Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 12. und 13. August sahen auch wir uns veranlaßt, eine Teuerungszulage zu fordern; sie betrug 51 %. Die Forderung wurde den Unternehmern mit der Bitte um Verhandlungen unterbreitet, allein die Unternehmer ließen sich auf solche gar nicht ein, sie erschienen einfach nicht. Uns wurde Vertragsbruch zum Vorwurf gemacht und gefordert, wir sollten den Nachweis für die Preissteigerung bringen. Diesen Nachweis haben wir erbracht; trotzdem lehnten es die Unternehmer ab, mit uns zu verhandeln. Nun blieb nur übrig, zu dem letzten Mittel, der Arbeitseinstellung, zu greifen. Sie wurde von einer gemeinschaftlichen Versammlung beschlossen und am 16. September einmütig durchgeführt. Hierauf nahm sich der Schlichtungsausschuß der Sache an, er berief zum 30. September Verhandlungen nach Prenzlau ein. Darüber waren die Unternehmer sehr empört, was in der Verhandlung selbst auch zum Ausdruck gekommen ist. Jedoch der Schlichtungsausschuß sprach uns eine Zulage von 20 % pro Stunde zu, wodurch sich unser Stundenlohn auf M. 1,90 erhöhte. In einer Versammlung am 1. Oktober wurde von uns der Schiedsspruch anerkannt. Auch die Unternehmer haben ihm ihre Zustimmung gegeben. Am 6. Oktober wurde die Arbeit wieder aufgenommen.

Der Streik in Kolmar in Posen ist nach siebenwöchiger Dauer erfolgreich beendet. Vor dem Streik war der Stundenlohn M. 1,50. Nach der nunmehr getroffenen Vereinbarung beträgt er ab 1. September M. 1,90, ab 1. Oktober M. 2. Außerdem kommt noch eine Teuerungszulage hinzu von 10 pzt., so daß zurzeit ein Stundenlohn von M. 2,20 bezahlt wird. Durch den erfolgreichen Ausgang des Streiks ist das feste Zusammenhalten der Kameraden belohnt worden. Sie werden auch in Zukunft treu zum Verbande stehen.

Der Streik in Dingolfing (Zahstelle Landshut in Bayern) ist beendet. Ein Unternehmer hatte die Forderung schon vor dem Streik bewilligt. Nach der einmütigen Arbeitseinstellung erklärten sich auch die übrigen 4 Unternehmer dazu bereit, doch lehnten sie es ab, die Forderung unterschriftlich anzuerkennen. Darauf ließen sich die Streikenden nicht ein. Nach zweitägiger Dauer des Streiks gaben die Unternehmer ihren Widerstand auf. Die geforderte Zulage von 35 % pro Stunde wurde unterschriftlich anerkannt. Der Stundenlohn ist somit auf M. 1,60 gefallen. In der Bewegung waren 18 Mitglieder, darunter 3 Lehrlinge, beteiligt. Die Arbeit wurde am 1. Oktober wieder aufgenommen.

Die Teuerungszulagenbewegung für Singen a. S. und Umgebung ist abgeschlossen. Die Zulage beträgt 20 % pro Stunde. Dweimal haben, so schreibt man uns, die Kräuter den Pfeffer gerochen und ohne weitere Auseinandersetzungen unsere Forderung bewilligt. Der Stundenlohn beträgt jetzt M. 2,30.

Der Streik in Nagold in Württemberg ist erfolgreich beendet. Er begann am 28. September und endete am 2. Oktober. Die erreichte Lohnerhöhung beträgt 40 %, der Stundenlohn M. 2.

Berichte aus den Zahlstellen.

Braunschweig. Am 20. September tagte eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Unsere Tarifbewegung“ teilte der Vorsitzende, Kamerad Deder, mit, daß nach langen schwierigen Verhandlungen nunmehr über die vertraglichen Bestimmungen eine Einigung zustande gekommen sei. Die letzte Verhandlung diente lediglich dazu, Verdrehungen der Unternehmer zu berichtigen. Das sollte Stückchen leisteten die Unternehmer sich, indem sie in § 6 des Ortsvertrages folgendes zusammengefaßt hatten: Kündigung findet nicht statt; das Arbeitsverhältnis kann beiderseits ohne Angabe von Gründen jederzeit gelöst werden. Die Unternehmer beharrten fortgesetzt auf Anerkennung des Reichstaxtarifs. Diesem Drängen mußten wir, da die übrigen Organisationen den Reichstaxtarif anerkannt haben, gegen unsern Willen nachgeben. Der Reichstaxtarif sieht in § 2 bereits vor, wie bei eventuellen Entlassungen verfahren werden solle. Trotzdem glaubten die Unternehmer, ihr Herrenstandpunkt müsse gewahrt bleiben. Der § 6 des Ortsvertrages hat nunmehr folgende Fassung: Die Arbeitnehmer können ihr Arbeitsverhältnis ohne Kündigung lösen. Für Entlassungen der Arbeitnehmer gelten der § 2 des Hauptvertrages sowie die gesetzlichen Bestimmungen. Ueber eine erneute zehnprozentige Teuerungszulage, die wir bei der letzten Verhandlung am 5. September mit behandelten, war keine Einigung zu erzielen, da mit dem 5. September für Braunschweig laut der vorher vereinbarten Lohnfrage der in Hannover einsetzende Lohn von M. 2,45 auch hier gezahlt wurde. An Zuschlägen zum Stundenlohn werden gezahlt: für Ueberstunden 50 %, Nachtarbeit M. 1, Sonntagsarbeit M. 1,50, Arbeiten im Wasser, Kamm- und Schlammarbeiten 50 %, für besonders schmutzige Arbeiten in Formereien, Gießereien, Leer- und Fettfabriken 50 %, für Karbolinumarbeiten oder Verarbeiten, Aufstellen oder Anbringen von noch abfärbendem Holz bei mehr als zweitägiger Dauer 50 %, für Vermessern und Richten von Abbruch- oder Brandblöcken sowie bei Abbruch derselben 80 %, bei Aufstellung und Arbeiten an Gerüsten über 20 m Höhe 35 %. Die Löhne für Altersschwache und Invaliden kann der Unternehmer nicht einseitig regeln, sondern nur mit unsern Platzdelegierten. Bei der Ueberlandarbeit sei es endlich gelungen, den Kaufhandel mit den einzelnen Kameraden zu beseitigen, indem festgelegt ist: Bei Arbeiten außerhalb der Stadt, über 3 1/2 km Entfernung von der Mitte der Stadt (Burgplatz) gerechnet, das sind solche Orte, die nicht zum Geltungsbereich des Vertrages gehören, wird ein Zuschlag von 15 % gezahlt pro Stunde. Die Gehzeit von dem betreffenden Tor ab ist in die Arbeitszeit einzurechnen. Bei weiteren Entfernungen, welche per Bahn oder sonstiger

Gefährte zurückgelegt werden, gilt die Fahrzeit als Arbeitszeit. Das Fahrgehalt für Bahnfahrten 2. Klasse geht zu Lasten der Arbeitgeber. Für die im Geltungsbereich liegenden Orte Müningen, Droißem und Melberode wird das Fahrgehalt vom Arbeitgeber vergütet. Für Auslösungen ist festgelegt, daß diese von Fall zu Fall zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, aber nur unter Einverständnis der Platzdelegierten, geregelt wird. Die Entlohnung der Poliere, die unserer Organisation angehören, geschieht laut protokolllarischer Erklärung nach den Satzungen des Polierbundes hier am Orte. Pflichtenarbeiten nach Feierabend sowie Sonntagsarbeit sei streng verboten. Diese Bestimmung sei notwendig nicht nur im Interesse der Unternehmer, sondern zur Aufrechterhaltung des Achtstundentages. Kollege Deder hat dem Arbeitgeberverband mitgeteilt, daß unserseits nunmehr der Vertrag unterzeichnet werden kann. Es liegt freilich noch ein kleiner Differenzpunkt bei dem Bauarbeiterverband vor. Mit dem Arbeitgeberverband des Amtsgerichtsbezirks Riddagshausen haben bereits zwei Tarifverhandlungen stattgefunden; vorbehaltlich der Genehmigung der Mitglieder des dortigen Bezirks des Arbeitgeberverbandes werde für 44 Orte zum ersten Male ein Tarif zum 1. Oktober zustande kommen. Es sind wesentliche Lohnerhöhungen für diese 44 Orte vereinbart. Mit den dortigen Arbeitgebern sei leichter und besser zu verhandeln gewesen als mit den kampflustigen Braunschweiger Arbeitgebern. Es kommen leider in diesen 44 Orten auch Unorganisierte in den Genuss der Früchte der Organisation, aber es ist bereits vorgesorgt, daß wir den letzten Zimmerer dem Verbannde zuführen werden. Freilich müssen auch alle dort in der Gegend wohnenden organisierten Kameraden dem Vorstande bei der Agitation zur Seite stehen. — Infolge der erhöhten Beiträge von M. 1,10 auf M. 1,80 wurde die Entschädigung für Kassierer um 1 pzt. reduziert. Zur Regelung der Kranken- und Arbeitslosenbeiträge wurde beschlossen, daß bis zum Schlusse dieses Jahres die Erwerbslosen ihre Beiträge selbst zu leisten haben. Sollte sich ergeben, daß infolge unseres nur 40 % betragenden Sozialbeitrages und der erhöhten Ausgaben kein Ueberchuß herausgearbeitet wird, so soll ab 1. Januar 1920 der Sozialbeitrag auf 60 % erhöht werden, und dann, wenn möglich, davon die Beiträge für Erwerbslose zu bestreiten. Für den erkrankten, langjährigen Schriftführer, Kamerad Ohse, wurde Kamerad Gent als erster, Kamerad Sager als zweiter Schriftführer gewählt; als Revisor Kamerad Stolte. Kamerad Deder begrüßte im Namen des Zentralverbandes die erschienenen Lehrlinge und gab den jungen Mitkämpfern Richtlinien für ihr Verhalten den Gesellen sowie den Unternehmern gegenüber. Insbesondere forderte er sie auf, falls ihre Lehrmeister ihnen Schwierigkeiten wegen des Beitritts zur Organisation machten, sofort ihren Platzdelegierten davon Mitteilung zu machen. Diese hätten sich umgehend mit ihm in Verbindung zu setzen. Auch forderte der Vorsitzende die Kameraden auf, mit den Lehrlingen kameradschaftlich umzugehen. Vor allen Dingen sei es Pflicht der Platzdelegierten, sich der Lehrlinge anzunehmen. 2 Lehrlinge waren bereits Mitglied, die übrigen 12 bewirkten ihre Aufnahme. Unter „Verschiedenes“ forderte der Vorsitzende die Kameraden dringend auf, sich an der Stadtratswahl zu beteiligen. Weiter forderte er auf, daß sich auch der letzte Kamerad der politischen Organisation anzuschließen habe.

Hamburg und Umgegend. Im August dieses Jahres wurde im Einverständnis mit dem Gauleiter der Versuch unternommen, die Zimmerer in den Ortschaften Estebürrge, Königreich und Port unsern Verbände als Mitglieder zuzuführen. Dieser Versuch hatte Erfolg und es wurde die dortige Mitgliedschaft unserer Zahlstelle als Bezirk abgeschlossen. Die in benannten Orten wohnenden Bauhilfsarbeiter, die zurzeit beim Abbruch von Ziegeleien beschäftigt sind, traten gleichfalls unsern Verbände bei, da eine Organisation für baugewerbliche Arbeiter dort bisher nicht bestand. Die Löhne für Zimmerer und Bauhilfsarbeiter entsprachen keineswegs den Teuerungsverhältnissen; betrug doch der Stundenlohn für Zimmerer nur M. 1,40 bis M. 1,50, der für Bauhilfsarbeiter sogar nur M. 1. In Vorahnung der kommenden Dinge beschloß eine Versammlung der freien Innung am 24. August in Port, den Stundenlohn für Zimmerer ab 1. September auf M. 1,60 zu erhöhen. Auch dieser Lohn entsprach nicht den Verhältnissen. Unsere Mitglieder beschloßen deshalb, den gleichen Lohn zu fordern, der in Barchebe gezahlt wird. Diese Forderung wurde den Arbeitgebern schriftlich unterbreitet; eine Antwort hierauf ging jedoch nicht ein. Persönliches Verhandeln des Vorstandes mit den Arbeitgebern verlief ergebnislos, da sie sich auf ihren Innungsbeschuß vom 24. August versteiften und für die Bauhilfsarbeiter jede Lohnzulage strikte ablehnten. Eine Versammlung der Mitglieder am 21. September nahm hierzu Stellung und beschloß, am 22. September die Arbeit niederzulegen. Der Beschluß wurde einmütig durchgeführt und hatte zur Folge, daß sich zwei Arbeitgeber nunmehr zu Verhandlungen bereit erklärten. Am 23. September fand in Estebürrge eine Verhandlung statt, die folgendes Ergebnis zeitigte: Der Stundenlohn für Zimmerer wird sofort auf M. 1,80 und ab 15. November dieses Jahres auf M. 2 erhöht; der Stundenlohn für Bauhilfsarbeiter wird sofort von M. 1 auf M. 1,60 und ab 1. Dezember dieses Jahres auf M. 1,80 erhöht. Ferner wurden noch Vereinbarungen über Ueberstunden, Arbeitszeit, Tarifdauer usw. getroffen. Die Arbeit wurde darauf bei diesen beiden Unternehmern geschlossen wieder aufgenommen. Im Streik steht noch bei einem Unternehmer ein Zimmerer.

— **Allgemeine Mitgliederversammlung aller Bezirke von Hamburg und Umgegend** am 19. September im Gewerkschaftshaus. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kameraden Rande vom Bezirk St. Georg und W. Struß vom Bezirk Fußsbüttel in üblicher Weise geehrt. Den Bericht vom Gewerkschaftskongress gab Kamerad Margref. Derselbe betonte, daß der Kongress Anfang Juli dieses Jahres getagt habe und daher das Thema nicht mehr aktuell sei; er werde sich daher recht kurz fassen. Redner bemerkte, daß von seinem persönlichen Standpunkt aus auf dem Gewerkschaftskongress vieles beschlossen worden sei, was nicht richtig ist. Das Vertrauensvotum für die Generalkommission habe ihm nicht gefallen. Die Teilnehmer des Kongresses sind zu 90 pzt. Angestellte gewesen; diese sind auch die Träger der

Kriegspolitik gewesen. Der Sozialkammerer müßte mehr Interesse zugewendet werden; sie muß sofort begonnen werden. Durch die Arbeitsgemeinschaft sollte der Burgfrieden gefördert werden; ein solcher Wirtschaftsfrieden geht aber auf unsere Kosten. Der zentrale Tarif im Baugewerbe war alles andere als ein Instrument zur Vertretung unserer Interessen. Für die Zukunft ist es besser, wenn wir uns mehr und mehr von den Arbeitgebern fernhalten; denn Kompromisse werden uns nicht viel helfen. Neben der politischen Revolution haben wir noch die wirtschaftliche zu bestehen. Die Ausbeutung wird ungeheure Formen annehmen. Das revolutionäre Empfinden drängt danach hin, mit der kapitalistischen Ausbeutung Schluß zu machen. Aus der Versammlung wurde vom Kameraden Strebel folgende Entschlieung eingebracht und begründet: „Die heute im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung verurteilt aufs schärfste die Haltung der Mehrheit des Gewerkschaftskongresses. Insbesondere mißbilligt die Versammlung die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses betreffs der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapitalismus. Die Versammlung vertritt den Standpunkt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht durch Kompromisse mit dem Kapitalismus erreicht wird, sondern nur durch den schärfsten Klassenkampf. Ebenso verurteilt die Versammlung aufs entschiedenste die Zustimmung der Mehrheit des Gewerkschaftskongresses zur Kriegspolitik der Generalkommission. Die Zustimmung der Generalkommission zum Hilfsdienstgesetz, zum Bund für Freiheit und Vaterland, zur Hindenburg- und Ludendorffspende usw. sind Maßnahmen, die den Interessen der Arbeiterschaft zuwiderlaufen und darum die schärfste Verurteilung erfordern. Die Versammlung fordert unsern Zentralvorstand und die Generalkommission auf, abzuweichen von der jetzigen wirtschaftsfriedlichen Politik, die sich bedenklich der Politik nähert, die die wirtschaftlichen gelben Verbände bis jetzt getrieben haben und zurückzuführen zum alten, bewährten Klassenkampf. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein und nicht das der Kompromisse mit dem Kapital.“ Stoife ist gegen diese Entschlieung und erfuhr um Ablehnung derselben, da durch Annahme der Entschlieung die Massen noch auseinandergebracht würden. Ferner nimmt Stoife Bezug auf die Behandlung der Belehrlingsfragen auf dem Gewerkschaftskongress, die seiner Meinung nach zu kurz gekommen sind. Die Kameraden Gertis, Kohpeiß, Reinstorf und Brad sprechen im Sinne der Entschlieung und befürworten dieselbe. Lehmann bemerkte, daß die in der von Strebel vorgelegten Entschlieung enthaltenen Worte für unsern Zentralvorstand überflüssig und wirkungslos seien, da durch die Beschlüsse unseres letzten Verbandstages und die diesbezüglichen Bestimmungen des neuen Verbandstatutts über Zweck und Ziele unseres Verbandes die Richtlinien für die Verbandsleitung vorgezeichnet seien. Nach diesem müsse der Zentralvorstand arbeiten. Der minimale Besuch der heutigen Versammlung (etwa 60 Teilnehmer) sei auch nicht dazu angetan, den Willen der Gesamtmitgliedschaft der Zahlstelle zu bekunden. In seinem Schlusssatz berichtigte Kamerad Margref noch die Behandlung der Belehrlingsfragen auf dem Gewerkschaftskongress und befürwortete die vorliegende Entschlieung, die hierauf gegen wenige Stimmen angenommen wurde. Wegen vorgerückter Zeit erfolgte Schluß der nur mäßig besuchten Versammlung. (Anmerkung der Redaktion. Wir haben den vorstehenden Bericht zunächst unserm Zentralvorstand zur Beschlusfassung vorgelegt, ob die Behauptung Margrefs, 90 pzt. der Teilnehmer des Gewerkschaftskongresses seien „Träger der Kriegspolitik“ gewesen und die Behauptung in der „Entschlieung“, unser Zentralvorstand treibe „wirtschaftsfriedliche Politik... die die wirtschaftlichen gelben Verbände bis jetzt getrieben haben“, durch das Verbandsorgan Verbreitung finden sollen. Unser Zentralvorstand hat beschlossen, den Bericht zu publizieren, weil sich daraus für jeden vorurteilslosen Leser ergibt, daß es sich um verleumderische Verdächtigungen handelt und die Verbandsmitglieder dadurch aufmerksam werden, was für organisationswidrige Wählarbeit innerhalb unseres Verbandes am Werke ist.)

Hann.-Münden. Am 27. September wurde in Hann.-Münden ohne den Sekretär des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes aus Hannover verhandelt. Man war sich sehr bald einig, 20 % Teuerungszulage wurden bewilligt; damit erhöht sich der Stundenlohn ab 1. Oktober auf M. 2,20. Gauleiter Ege gab den Briefwechsel mit dem Arbeitgeberverband in Hannover bekannt und verlangte von den anwesenden Unternehmern, daß nun endlich der Vertrag unterzeichnet werde. Die Verschleppung liege an dem Nordwestdeutschen Arbeitgeberverband in Hannover. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes in Hann.-Münden erklärte sich bereit, die Angelegenheit sofort zu beschleunigen. Er will mit Hannover nochmals in Verbindung treten, und dann soll in Münden eine weitere Sitzung stattfinden, um den Vertrag zu tätigen. Bei der Gelegenheit soll auch die Lohnfrage der Lehrlinge geregelt werden; beide Parteien wollen bis dahin die nötigen Unterlagen beschaffen. Es ist nun Aufgabe der Zimmerer, darauf zu achten, daß die M. 2,20 ab 1. Oktober 1919 im ganzen Kreis Münden, nicht nur in der Stadt, gezahlt werden. Ganz besonders gilt dieses für die Zimmerer in Speederünden bei dem Unternehmer Gundlach; der Tariflohn muß auch in diesem Betriebe von den Kameraden gefordert werden.

Kamenz. Am 23. September fand unsere Mitgliederversammlung statt. Sie war nur ganz schwach besucht. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht vom Vergnügen; 2. Anträge und Zahlstellenangelegenheiten. Der Ueberchuß von M. 163,05 wurde als Vergnügungsfonds bestimmt. Einstimmig zur Annahme gelangten die Anträge auf eine Zulage für Unterkassierer und eine Kontrolle der Versammlungsbesucher durch Abstempelung in den Mitgliedsbüchern. Der Antrag des ersten Kassierers auf Erhöhung seiner Prozente auf 8 pzt. kam mit 9 gegen 6 Stimmen zur Annahme. Die Anstimmigkeiten hinsichtlich der nicht notwendigen Ueberstunden im Baugeschäft Bräuniger führten zu einer schärferen Aussprache. Kamerad Herzog führte aus, daß es immer noch an beherzten Kameraden fehle, die den Arbeitgebern energisch entgegenzutreten. Die Baudelegierten seien förmlich von allen

Kameraden im Stich gelassen worden. Ein Antrag der Unterkassierer kam nicht zum Abschluss. Mit der Mahnung, einig zu sein und sich auf den neuen Tarifabschluss zu rufen, schloß der erste Vorsitzende die Versammlung.

Musik i. d. D.-S. Am 4. Oktober fand in Woreschtes Lokal die Quartalsversammlung statt. Anwesend waren 14 Mitglieder. Die Tagesordnung lautete: 1. Quartalsabschluss. 2. Markenerhöhung. 3. Verschiedenes. An die Lokalfasse wurden abgeliefert M 563,25. Die Ausgaben betragen M 111,80, der Kassenbestand hat sich erhöht auf M 283,40. Die Markenerhöhung soll eine vorübergehende Teuerungszulage sein. Mitglieder, die sich nicht dazwischen fügen wollen, sind auf das Statut aufmerksam zu machen. Im Punkt „Verschiedenes“ wurde über Abhaltung eines Vergnügens gesprochen, es konnte aber nicht darüber abgestimmt werden, da zu wenig Mitglieder anwesend waren. Es wäre den Kameraden zu empfehlen, die Versammlungen mehr zu besuchen und nicht immer nachher zu kritisieren.

Wernigerode. Bericht von den am 18. und 20. September stattgefundenen Versammlungen. Im Punkt 1 der Tagesordnung verlas unser Vorsitzender ein vom Zentralvorstand an die Zimmererlehrlinge gerichtetes Flugblatt, das dazu dienen soll, unsere Lehrlinge der Organisation zuzuführen. Da hier am Orte nur ein Lehrling beschäftigt ist, wurde beschlossen, von einer diesbezüglichen Agitation Abstand zu nehmen. Anschließend wurde von Kamerad Woot der Kartellbericht erstattet, der zur allgemeinen Zufriedenheit ausfiel. Hierauf wurden im Punkt „Verschiedenes“ einige Fragen behandelt, unter anderem auch die, ob es nicht angänglich sei, eine Entschädigung für Handwerkszeug zu fordern. Nach kurzer Debatte wurde unser Vorsitzender beauftragt, diesbezüglich mit den Unternehmern in Verbindung zu treten. Sodann wurde Kamerad Becker für Platz Jörn als Delegierter gewählt. Ferner wurde beschlossen, daß der zweite Vorsitzende eine namentliche Liste über den Versammlungsbesuch der Kameraden führen und diese vierteljährlich der Versammlung vorlegen soll, um an Hand der Liste die säumigen Kameraden zu rügen. Nachdem noch einige örtliche Fragen erledigt waren, fand die von 35 Kameraden besuchte Versammlung ihr Ende.

Die Versammlung am 30. September beschäftigte sich erstens mit der uns von den Unternehmern zugehülligten Zulage von 10 S. Da in der vorhergehenden Versammlung beschlossen war, ein Geschirrgeld zu fordern, war die Versammlung im allgemeinen der Ansicht, daß uns dieses nun auch gewährt sei. Da aber den Maurern die gleiche Zulage gewährt ist, beauftragte die Versammlung die Lohnkommission, bei den Unternehmern vorstellig zu werden und darzulegen, daß unsererseits unbedingt an der Fortsetzung von Geschirrgeld festgehalten werde. Im Punkt „Verschiedenes“ wurden örtliche Sachen besprochen. So wurde angefragt, ob es nicht möglich sei, ein Vergnügen abzuhalten. Die Anregung fand Zustimmung, 3 Kameraden wurden mit den Vorbereitungen betraut. Beschlüssen wurde noch, daß zur Bestreitung der Unkosten jedes Mitglied einen Festbeitrag zu entrichten hat, ganz gleich, ob es an der Festlichkeit teilnimmt oder nicht.

Witzenhausen. Im Mai d. J. war es bereits gelungen, die Unternehmer im Baugewerbe aus dem ganzen Kreis zu bewegen, den Frankfurter Bezirksvertrag anzuerkennen. Am 27. September waren wiederum alle Meister aus dem Kreis nach Witzenhausen geladen, es waren aber vorwiegend nur die Zimmermeister erschienen, um die im August vereinbarte Teuerungszulage überall durchzuführen. Die anwesenden Unternehmer erklärten sich bereit, ab 1. Oktober den Lohn der Gruppe 3 mit M 1,90 zu zahlen, den Nichterschienenen soll dieser Beschluß zugestimmt und eine Rückänderung verlangt werden. Gausleiter Ege berichtete am 28. September in Hundelshausen in einer Zimmererversammlung über die Verhandlungen, an denen auch der Vorsitzende der Zahlstelle teilnahm. Die Zimmerer waren mit dem Ergebnis zufrieden und wollen dafür eintreten, daß alle Unternehmer im Kreise Witzenhausen den Tarifvertrag auch einhalten. Eine Neuwahl des Vorstandes wurde in der Versammlung auch vorgenommen, weil feither nur ein Vertrauensmann die Geschäfte führte.

Wolfsberg. Am 21. September fand im Saale von Schleusener unsere erste Mitgliederversammlung statt. Sie wurde vom Vorsitzenden, Kamerad Brechlin, mit einer kurzen, mairigen Ansprache eröffnet. Kamerad Müller aus Stettin gab uns Aufschluß über Zweck und Ziele des Verbandes. Im Anschluß daran folgte die Beitragerhebung und Aufnahme neuer Mitglieder. 7 Kameraden ließen sich aufnehmen. Alsdann fand eine Besprechung unserer Lohnverhältnisse statt. Allseitig wurde befürwortet, auch hier einen Lohn zu verlangen, der den Teuerungsverhältnissen entspricht. Einer Anregung, mit den Maurern zusammenzutreten, um gemeinschaftlich vorzugehen, wurde zugestimmt. Die Versammlung war der Ansicht, daß das, was in andern Orten möglich sei, in Wolfsberg nicht unmöglich sein könne. Nach Erledigung der Vorstandswahlen schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Hiltshausen. Am 7. September fand in unserm Vereinslokal die regelmäßige Mitgliederversammlung statt, sie war von 28 Kameraden besucht. Auf der Tagesordnung stand die Lohnfrage. Es wurde beschlossen, eine Teuerungszulage von 35 S auf unsern Stundenlohn von M 1,40 zu fordern. Einer schriftlichen Mitteilung unseres Vorstandes an die Unternehmer, sich am 15. September zu einer Verhandlung einzufinden, zu der auch unser Gausleiter, Kamerad Knüpper, aus Berlin erschienen war, leisteten sie keine Folge. Auch der Versuch, am nächsten Tage mit ihnen in Verhandlung zu treten, mißlang. Am 16. September wurde darum einstimmig beschlossen, die Arbeit am 17. September früh niederzulegen. Auch die Maurer legten an demselben Tage mit der nämlichen Forderung die Arbeit nieder. Nach 4 Verhandlungen wurde endlich eine Einigung erzielt, indem eine Zulage von 25 S die Stunde bewilligt wurde. Die Arbeit wurde am 23. September wieder aufgenommen.

Briefkasten der Redaktion.

Gattingen a. d. Ruhr. A. W. Uns ist ein Schreiben aus Gattingen vom 18. September nicht zugegangen, folglich konnten wir auch keins veröffentlichen. Der Nachruf in dieser Nummer erreichte uns erst auf dem Umwege über die Verlagsanstalt von Uuer & Co. Die Adresse der Redaktion des „Zimmerer“ ist: Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Zimmer 47.

Bekanntmachungen

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfassliste in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. St. Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. September bis 4. Oktober 1919 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Aidingen M. 160, Augsburg 400, Baugen 200, Berlin II 700, Berlin III 1000, Berlin V 1900, Berlin VI 600, Berlin VII 2700, Birtenswälder 240, Boitzenburg 210, Brandenburg 300, Bremen 300, Breslau 500, Burg 175, Cammin 55, Cannstatt 200, Cassel 600, Celle 300, Charlottenburg 1000, Chemnitz 200, Cöpenick 1650, Crumbach 100, Danzig 200, Dessau 253,14, Dortmund 300, Dresden I 400, Dresden II 400, Emmendingen 220, Essen 150, Frankfurt a. M. 500, Freiburg 900, Friedrichshagen 700, Geesthacht 150, Gelsenkirchen 140, Göppingen 350, Gotha 600, Göttingen 400, Groß-Flottbek 150, Großharthau 250, Groß-Lichterfelde 400, Groß-Neuendorf 150, Groß-Otterleben 150, Groß-Rschachwitz I 300, Groß-Rschachwitz II 290, Hagenow 165, Halle 150, Hamburg I 400, Hamburg II 700, Hamburg III 600, Hamburg IV 250, Hannover 200, Hannover-Linden 150, Heidelberg 150, Helmsiedt 100, Hirschberg 550, Hohenmölsen 217,36, Raitz 183,40, Rast 175, Karlshöhe 300, Kroszingen 50, Langendiebach 600, Lehnin 120, Leipzig 1100, Lichtenberg I 800, Liegnitz 83,40, Lützen 80, Lüdenscheid 180,21, Magdeburg 200, Meisen 400, München 800, Neu-Anspach 330, Neulitz 1600, Neuruppin 200, Neustettin 10,50, Niesty 44, Nowawes 800, Nürnberg 800, Ober-Erlenbach 86,25, Ohlau 150, Panfow 350, Pillfallen 324,50, Pinneberg 150, Potsdam 400, Pringelaff 194,24, Reutlingen 33, Rimpfar 100, Roda 43,18, Rodheim v. d. Höhe 126,70, Rostock 450, Sachwitz 65, Salungen 63,65, Schmölln 54,13, Schneberg 1000, Schwabach 80, Semd 400, Steegen 300, Steglitz 500, Steinbel 400, Stuttgart 1200, Tegel 400, Tessin 800, Thorn 100, Untertürkheim 200, Waldshut 66,08, Wandersfel 50, Wedel 230,50, Wehrden 136, Weiskens 250, Werder 200, Wiesbaden 200, Wilmerdorf 400, Wildbruff 60, Windecken 400, Wismar 140, Würzburg 400. Summa M. 43 235,23.

Zuschuß erhielten vom 1. September bis 4. Oktober 1919 die örtlichen Verwaltungen: Briesen M. 50, Briel 460, Freyhan 20, Groß-Auheim 100, Groß-Seelheim 652,68, Hamburg I 245, Hanau 100, Hohenleina 60, Kößlin 150, Lüneburg 40, Minden 200, Neu-Weßow 30, Pirna 100, Rabeburg 250, Speyer 300, Thorn 100, Warin 200, Zellin 300. Summa M. 3357,68.

Abrechnung

Agitations- und Unterstützungs-Fonds der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Erfassliste in Hamburg) vom 1. Juli bis 30. September. Einnahme.

Kassenbestand am 1. Juli 1919 M. 2432,52; Altenburg 3,10, Altdorf —, Arnstadt —, Augsburg 6,90, Berlin 24,05, Bielefeld 2,80, Bochum 3, Bötzingen —, Bornstedt 1,15, Breithardt 1,20, Bremerhaven —, Burglau 2,50, Cammer —,70, Charlottenburg —,40, Chemnitz —,10, Conweiler —,70, Cöpenick 2,20, Dachau 2,50, Dessau 1,70, Deuben —,20, Deutsch-Wissa —,40, Dödenhuden —,60, Dresden II 2,65, Duisburg 1, Eisenach 1,40, Elbing —,90, Erfurt 1,10, Flensburg 5,65, Freiburg 4,80, Freyhan —,70, Fürstenwalde 1,80, Fürth 2,40, Gelsenkirchen —,20, Götting 2, Groß-Flottbek —,40, Groß-Rschachwitz I —,20, Groß-Rschachwitz II —,50, Hagen i. W. 85, Hagenow —,90, Halle —,70, Hamburg I 2,50, Hamburg II 7,30, Hamburg III 2,70, Hamburg IV —,60, Hameln —,20, Heidingsfeld 3,15, Heilbronn 1,80, Hildesheim —,20, Hirschberg 4,65, Hundsfeld 1,80, Kahla 1,20, Karlshöhe —,80, Kellinghufen —,60, Kollzig —,10, Königshagen —,60, Lauenburg —,90, Lehnin —,50, Loschwitz 1,90, Lübeck 1,20, Ludwigshafen 2,65, Lüdenscheid —,40, Mainz 2,30, Mannheim 1, Mariendorf 1, Meissen —,30, Memel 1,10, Merseburg 5, Militich —,20, München 17,95, Neulitz 10,85, Nordensham 2,30, Rössen 2, Ohlau 1,50, Pillfallen 7,50, Pirna 1,85, Potsdam 1,40, Radolfzell 2, Reichensachsen 1,80, Rodheim v. d. S. 1, Rostock 1,20, Salungen —,90, Schnebeck 1,20, Schneberg 3, Schönerlinde —,50, Schweinfurt 1,60, Schwerin —,20, Semd 1,60, Staffort —,50, Steglitz 2, Steinbel —,90, Stollberg 2,10, Stuttgart 2,15, Sulingen —,70, Waldshut 3,50, Wedel 2,20, Wehrden 1,10, Weimar —,60, Weinböhla —,10, Weiskens —,20, Wilhelmshagen —,80, Wildbruff —,80, Wittenburg 1, Würzburg 4,40, Zittau 1,40, ohne Abrechnung eingegangen (Einzelnachr.) 5, Eisenberg —,40, Großharthau —,40, Leipzig 4,85, Nürnberg 2,50, Zinnen 3. Summa M. 2664,07.

Ausgabe.

Frankfurt a. M. (Agitation) M. 52,10, Labitzki-Berlin 25, Klüger-Kahla 5, Frau Lamprecht-Nowawes 25, Frau Koch-Lübeck 20, Frau Schnack-Riel-Gaarden 50, Sachs-Gotha 20, Züchner-Freyhan 20, Münchow-Neulitz 20, Tremer-Berlin VII 30, Freudenstein-Cassel 20, Wiemann-Gr.-Lichterfelde 20, Frau Wellmann-Meißen 20, Knebel-Spandau 12, Uuer & Co. für Warten 22, Porto laut Buch 7,22, Kassenbestand am 1. Oktober 2294,75. Summa M. 2664,07.

Revidiert und für richtig befunden durch A. Groh.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Dienstag, den 21. Oktober:

Langenfelde: Gleich nach Feierabend im „Oberen Felsenkeller“. — Schneidemühl: Im Gewerkschaftshaus. — Spandau: Bei Wilhelm Wind, Pichelsdorfer Straße 5.

Mittwoch, den 22. Oktober:

Raugard: Abends 8 Uhr beim Bäckermeister Gabrecht.

Freitag, den 24. Oktober:

Zena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — Radolfzell: Abends 7½ Uhr im „Krokolbil“.

Sonntag, den 25. Oktober:

Ahrensburg: Im Lokale von Ruhhaase. — Aken: Abends 8 Uhr in der „Herberge zur Heimat“. — Arnstadt. — Burg b. M.: Abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. — Doberan: Abends 6 Uhr in Stadt Lübeck. — Frankenberg: Im „Waldschützen“. — Gelsenkirchen, Bez. Wuer: Abends 8 Uhr bei Bredendroch, Hagenstr. 13. — Hagenow: Eine halbe Stunde nach Feierabend. — Gattingen a. d. R.: Abends 7 Uhr im Lokale von Kersting, Sprachhöveler Straße. — Hüh i. M.: Abends 8 Uhr im Gasthof „Zum Stern“. — Hiltshausen i. Th.: Gleich nach Feierabend im „Burgkeller“. — Kauen: Abends 8 Uhr im „Volksgarten“. — Rathenow: Abends 7½ Uhr bei Hermann Rehfeld, Jägerstraße. — Reuscheid: Abends 7 Uhr im Volkshaus, Bismarckstraße. — Wauz: Abends 8 Uhr bei Rumpmann, Schulstr. 24. — Zörbig: Im „Gasthaus zum Löwen“.

Sonntag, den 26. Oktober:

Bielefeld: Vorm. 10 Uhr bei Salomon, Webereistraße. — Boitzenburg. — Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr bei Johann Meller, Hafenstr. 9. — Fürstenwalde: Bei H. Niedermeier, Windmühlenstraße. — Hermannsburg: Nachm. 4 Uhr im Gasthaus „Heidehof“ bei S. Thies jun. — Memel: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Polstr. 3d. — Münster i. W.: Vorm. 11 Uhr bei A. Brinkmann, Krummer Timpen 29/30. — Stalupönen: Im Lokale von Schabronath Nachfolger. — Treprow a. d. L.: Nachm. 4 Uhr im „Gesellschaftshaus“.

Anzeigen.

[M. 5,10] **Nachruf.**
Dem furchtbaren Kriege zum Opfer gefallen sind folgende Kameraden:
Gebrüder Paul Juchert (vermisst) und Ernst Juchert, Hans Schönefeldt, Friedrich Schulze, Gustav Schmidt, Paul Reckzeh (infolge des Krieges verstorben).
Ein ehrendes Andenken bewahren ihnen
Die Kameraden der Zahlstelle Brandenburg.

[M. 3,60] **Nachruf.**
Am 15. September starb unser treuer Kamerad
Herrmann Haarmann
nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von 53 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Hattungen a. d. Ruhr.

Zahlstelle Fallersleben.
Sonntag, den 19. Oktober, nachm. 4½ Uhr:
Zahlstellen-Versammlung
im Hotel Freese, Westerstraße. [90 S]
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Lohnfrage. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Zahlstelle Hamburg u. Umg.
Sonntag, 19. Oktober, vormittags 9 Uhr präzise:
Zahlstellen-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, hochliegendes Restaurant, Eingang durch das Hauptrestaurant, parterre.
Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Antrag der Tarifinstanzen auf Verringerung der Winterarbeitszeit. 3. Beschlussfassung über die noch nicht erledigten Anträge zum Regulativ und den Anweisungen der Zahlstelle. 4. Verbandsangelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Das Erscheinen aller Zahlstellenfunktionäre ist Pflicht. Die Mitglieder sind laut Zahlstellenregulativ berechtigt, mit beratender Stimme an der Versammlung teilzunehmen.
[M. 1,80] Der Vorstand.

Zahlstelle Worms.
Arbeitsuchende Kameraden haben sich zwecks Arbeitsvermittlung beim Kassierer Ernst Säger, Zuden-gasse 63, zu melden.
[M. 1,50]

Die Kameraden von der Rebena 28
(Reserve-Eisenbahn-Regiment 28)
erfücht um eine Mitteilung [M. 1,00]
Emil Rathje, Hamburg 19, Paulinenallee 4, 1. St.